Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 391. Abendblatt. Freitag, den 24. August. 1866.

Deutschland.

Berlin, 24. August. Der König ließ sich gestern Vormittags von dem Hofmarschall Grafen Perponcher Vortrag halten, empfing einige Offiziere und hielt dann von 10 Uhr ab mit dem Kriegsminister v. Roon, dem Chef des Generalstabes der Armee v. Moltke 2c. eine Militair-Konferenz ab, die bis gegen 2 Uhr dauerte. Hierauf ertheilte der König den baierischen Friedens-Bevollmächtigten, Minister v. d. Pfoerdten, Graf Bray Steinburg 2c., welche sich verabschiedeten, eine Audienz und fuhr dann, begleitet von dem Flügeladjutanten Oberstlieutenant Graf Fink von Finkenstein, zum Besuch verwundeter Krieger nach dem Charité. Später arbeitete der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und dem Geheimrath v. Savigny und nahm um 5 Uhr das Diner mit dem Kronprinzen ein, welcher zuvor im Königl. Palais einen Besuch abgestattet und darauf Audienzen ertheilt hatte. Heut Vormittags 11 Uhr besichtigt der König unter den Linden die hiesigen Ersatz-Bataillone und Schwadronen, und findet darauf im Palais ein Parade-Dejeuner statt.

— Die „N. A. Z." hebt heute hervor, daß das rasche Zustandekommen der Adresse in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses den dankenswerthen Bemühungen des Präsidenten von Forckenbeck wesentlich zuzuschreiben sei, welcher in versöhnlicher Weise darauf hingewirkt habe, daß noch vorgestern Abend in den verschiedenen Fraktionen ein Entwurf — der gestern angenommen — zur Berathung gestellt sei, welcher geeignet war, eine Verständigung der auseinandergehenden Elemente zu erzielen.

Berlin, 23. August. Se. Majestät der König haben, wie die „Ostpr. Ztg." berichtet, die Gnade gehabt, folgende Kabinetsordre an den General der Infanterie und kommandirenden General des 1. Armee-Corps, v. Bonin, zu richten: „Ich verleihe Ihnen in Anerkennung Ihrer Verdienste, welche Sie Sich durch die rühmliche Theilnahme des 1. Armee-Corps an den glorreichen Erfolgen der Slacht von Königgrätz erworben haben, den Königlichen Kronen-Orden 1. Klasse mit Schwertern, mit dem Emaillenbande des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub, und lasse Ihnen die betreffende Dokoration beifolgend zugehen. Hauptquartier Prag, den 3ten August 1866. gez. Wilhelm.

— Die „N. Pr. Ztg." schreibt: Wir werden um Aufnahme des Nachstehenden in unserer Zeitung ersucht: „Die veröffentlichten Verlustlisten des Königlichen 4. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 21 führen, den am Abend des Schlachttages von Königgrätz aufgestellten Listen entsprechend, eine Anzahl von Vermißten auf, weil an jenem Abend das Verbleiben dieser Mannschaft nicht definitiv festgestellt werden konnte. Der bekannte Wald von Sadowa, in dem das 1. Bataillon des Regiments vorging und bedeutende Verluste erlitt, ist so dicht mit Unterholz bestanden, daß jede Uebersicht unmöglich wird. Ein Theil der in diesem dichten Gebüsch Verwundeten wurde bei dem entschlossenen Vorgehen des Bataillons nicht bemerkt, später aber von den Mannschaften der Krankenträger-Kompagie aufgefunden und nach den Verbandplätzen, bez. Lazarethen gebracht, wie die inzwischen eingegangenen Benachrichtigungen dargethan haben. Das Regiment hat also keine „Vermißte."

M.-Q. Reichenberg, den 20. August 1866.

Das Kommando des 4. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr 21."

— Das Befinden des in den Kämpfen vor Würzburg verwundeten Prinzen Ludwig (ältesten Sohnes des Feldzeugmeisters Prinzen Luitpold) ist dem „N. K." zufolge bedenklich. Der Kranke ist durch die vorausgegangenen Operationen und den starken Blutverlust bei denselben sehr geschwächt, die Kugel aber noch immer nicht gefunden.

— Am Mittwoch, Abends 9 Uhr, hatte der Ministerpräsident Graf Bismarck im auswärtigen Amte eine Unterredung mit dem Frankfurter Bürgermeister Müller und erfolgte hierauf 10½ Uhr die Unterzeichnung der Friedensbedingungen mit Baiern, das bei diesem Akte durch den Minister v. d. Pfordten und den Grafen Otto Bray-Steinburg vertreten war. Gestern machten diese Bevollmächtigten dem französischen Botschafter Benedetti, dem russischen Gesandten v. Oubril 2c. Abschiedsbesuche, folgten um 5 Uhr mit dem würtembergischen Kriegsminister v. Hardegg einer Einladung des Ministerpräsidenten Graf Bismarck zum Diner und reisten Abends nach München ab, woselbst sie morgen zur Geburtstagsfeier des Königs erwartet werden.

— Die Verhandlungen mit Sachsen haben am Montag begonnen. An Kriegskosten verlangt Preußen 20 Millionen Thaler.

— Nach der Wiener „Debatte" ist der Rücktritt des Freiherrn v. Beust in dem preußisch-sächsischen Friedensvertrag seitens des Grafen Bismarck ausdrücklich stipulirt worden. (?) — Die Wiener „Presse" widmet Herrn v. Beust einen Nekrolog und findet, daß er „in seinen Noten, den sächsischen Abstimmungen am Bunde und in Journal-Polemik Herrn v. Bismarck stets geschlagen hat."

— Der Großherzog von Hessen kann sich von „seinem Dalwigk" nicht trennen. Wie unentbehrlich dieser Mann ist, geht daraus hervor, daß der Großherzog, als er vor einiger Zeit eine Deputation empfangen mußte, welche gegen die „Zerreißung Deutschlands durch die Mainlinie" protestirte, den Vortragenden mit dem Worte unterbrach: „das sei ihm zu hoch, sie möchten sich zu Dalwigk bemühen." So erzählt die „Wes.-Z."

— Wir haben schon gemeldet, daß Preußen sich das Recht alleiniger Besetzung der Festung Mainz beim Friedensschluß mit dem Großherzogthum Hessen-Darmstadt, in dessen Gebiet Mainz liegt, ausgemacht hat. Wie die Kreuzzeitung hört, ist angeordnet worden, daß die Besetzung der Festung durch preußische Truppen am 26. d. M. erfolgen soll.

— (Haus der Abgeordneten.) Achte Sitzung, Donnerstag, 23. August, Vormittags 10 Uhr. Präsident v. Forckenbeck. — Am Ministertisch: Frhr. v. d. Heydt, v. Selchow, später Graf Eulenburg, Graf Bismarck, v. Mühler, Graf zur Lippe.

Die Tribünen sind sehr zahlreich besetzt, die Plätze im Hause gleichfalls.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen, theilt sodann das Resultat der Wahlen für die 13. und 14. Kommission des Hauses (Annektions-Kommission und Kommission für das Genossenschaftsgesetz) mit. Das Präsidium des Herrenhauses hat seine Beschlüsse vom 17. d. M. zur Kenntniß des Hauses gebracht. Ein Sachse beklagt sich, daß die sächsischen Truppen in Oesterreich stehen, und bittet das Haus, die Rückberufung derselben zu veranlassen. Zwei Proteste von Hannoveranern (Kammerrath v. d. Decken und einem hannov. Rechtsgelehrten) gegen die Einverleibung Hannovers sind eingelaufen. Eine andere Zuschrift, betreffend die Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund, wird verlesen.

Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, die Debatte über den Antrag auf Erlaß einer Adresse an Se. Maj. den König. Zu dem Antrage der Kommission ist ein (bereits bekannter) Antrag des Abgeordneten v. Lubienski und ein Antrag des Abgeordneten Stavenhagen.

Der erste Antrag erhält die nöthige, der zweite fast einstimmige Unterstützung. Dann tritt das Haus in die General-Diskussion.

Der erste Redner ist: Referent Dr. Virchow: Von den 5 Anträgen auf Erlaß einer Adresse, welche der Kommission vorgelegen, habe dieselbe keinen für geeignet gefunden, den Ansichten aller Parteien entsprechen zu können. Es sei daher Aufgabe der Kommission gewesen, eine andere Adresse auszuarbeiten, welche, die so gewichtige und bedeutungsvolle Thronrede sans phrase beantwortend, gleichzeitig den Wünschen aller Parteien des Hauses Ausdruck gebe und auf eine möglichst allseitige Annahme im Hause zu rechnen habe. Es lasse sich nicht leugnen, daß die Aufgabe der Kommission eine schwierige, sie habe auch nicht geglaubt, die Wünsche des Herzens der Einzelnen zurückzuweisen; allein sie habe im Interesse des Gemeinwohls und der Einmüthigkeit geglaubt, in der Adresse nur das aussprechen zu müssen, was als Antwort auf die Thronrede durchaus nothwendig und die gewaltigen Ereignisse der Neuzeit erfordern. Wir Alle haben die Aeußerung der Thronrede mit Freuden begrüßt, daß endlich der Zeitpunkt gekommen ist, daß das preußische Volk nicht mehr die Lasten allein tragen soll und hierin von anderen deutschen Staaten unterstützt werden und das deutsche Parlament das Verhältniß regeln soll. Daß dies endlich gelungen, das danken wir unserem tapferen Kriegsheer. (Bravo! rechts.) Dies in der Adresse auszusprechen, hielten wir zunächst für nothwendig; Ihnen Allen, den Führern wie den Kämpfern, sprechen wir unsern Dank aus, daß sie die Hoffnungen ihres Königs und Vaterlandes übertroffen haben. (Bravo!) Ueber den Punkt, der die innere Lage des Landes betrifft, so glaubten wir uns des Urtheils enthalten zu sollen (Bravo!), weil das Haus noch Gelegenheit haben wird, sich darüber auszusprechen. Dem Entwurfe der Kommission liegt der des Abgeordneten Reichensperger zu Grunde, weil dieser die Billigung der Königl. Regierung haben wird. Dies die Resultate der Verhandlungen in der Adreß-Kommission. Den Abänderungsvorschlag, der heute von dem Abg. Stavenhagen eingereicht, empfiehlt die Kommission. Redner wünscht eine allgemeine Annahme, damit das Ausland ersehen könne, daß alle Parteien sich in ihrem Patriotismus einigen. (Bravo!) In Bezug auf das Amendement des Abg. v. Lubienski meint die Kommission, daß dasselbe nicht aufgenommen werden könne.

Der Präsident stellt die Unterstützungsfrage für den Stavenhagen'schen Antrag. Der Antrag wird von allen Seiten des Hauses unterstützt.

Dann erhält das Wort der Abg. Jacoby. Derselbe spricht vom Platz etwa Folgendes: Ich bedauere, dem Wunsch des Referenten meinerseits nicht entsprechen zu können. Wenn ich mir meine abweichende Meinung auszusprechen erlaube, so muß ich mein Bedauern ausdrücken, daß dieselbe wahrscheinlich Anstoß erregen wird. Ich bitte von vorn herein hierfür um Verzeihung und versichere, daß mir jedenfalls die Absicht fern liegt, zu verletzen. Der Adreßentwurf spricht den Waffenthaten des preußischen Heeres die Anerkennung des Abgeordnetenhauses aus und knüpft an diese Anerkennung den Ausdruck der Ueberzeugung, daß der Erfolg der Waffen von einigendem Einfluß auf allen Gebieten sein werde. Auch ich anerkenne in vollem Maße die Tapferkeit unseres Heeres und die Großartigkeit der Erfolge, allein in das Triumphgeschrei der Regierungspartei vermag ich nicht einzustimmen. Die Volkspartei darf weder, noch kann sie ihre Befriedigung über diese Erfolge aussprechen. Das preußische Volk hat den Krieg nicht herbeigeführt, es hat ihn nicht gewollt, der Krieg ist gegen seinen Willen geführt worden. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Nicht der Volks-, sondern der Machtpartei kommen die Erfolge des Krieges zu Gute. Seit einem Vierteljahrhundert habe ich zu wirken versucht für die Rechte des Volkes, Sie werden es mir nicht verargen, daß ich keinen andern Maßstab für alle politischen Verhältnisse kenne, als den Maßstab der Freiheit, und diesen Maßstab an die gegenwärtige Lage unseres Vaterlandes gelegt, muß die innere Ueberzeugung reifen, daß der Krieg gegen Deutsche weder unserem Volke zur Ehre, noch unserem Vaterlande zum Nutzen gereicht. (Lebhafter Widerspruch von rechts; Präsident klingelt.) Redner fährt zur Rechten gewandt fort: Ich weiß wohl, meine Herren, daß Sie entgegengesetzter Meinung sind, Sie werden mir aber wohl gestatten, meine Ansicht hier auszusprechen und mir zugestehen, daß dies in der mildesten Form geschieht. (Widerspruch.) Das Urtheil der Gegenwart ist nicht immer gerecht; erst die Zukunft kann entscheiden, ob der Tag von Biarritz unserem Vaterland mehr Ehre brachte, als der Tag von Olmütz. (Große Sensation.) Ich meinerseits bin der Ueberzeugung, daß der Austritt von Millionen Deutscher aus dem engeren Verhältniß, daß sie bisher mit uns verknüpfte, daß die Verwirklichung des kleindeutschen Ideals uns von dem ersehnten Ziele weiter abführt, als der frühere Bundestag und die Vielköpfigkeit der früheren Herrscher. „Die Sprache des Schwertes drückt nichts weiter aus, als die Unklarheit der Begriffe." Täusche man sich nicht über die Wirkung der Erfolge unserer Waffen, sie sind keine anderen als die Stärkung der Macht, und eine Versöhnung auf solchen Grundlagen bringt dem Rechte und der Freiheit keine Vortheile. Mögen andere Staaten durch Blut und Eisen-Politik geeint sein, das deutsche Volk kann nur durch Freiheit zur Einheit geführt werden. Ich komme nun auf die Worte des Ministerpräsidenten in der Adreß-Kommission zurück. Derselbe hat gesagt, es käme vor Allem darauf an, die preußische Hausmacht zu stärken, ich aber kann die zwangsweise Erwerbung deutschen Ländergebietes nicht als ein glückverheißendes Zeichen für die Zukunft begrüßen. Wenn der Adreßentwurf die Ueberzeugung in Bezug auf innere Fragen ausspricht, der Konflikt werde durch die Kriegsereignisse und das Indemnitäts-Gesuch der Regierung erledigt werden, so theile ich diese Ueberzeugung nicht, glaube vielmehr, daß diejenigen Männer, die jahrelang ohne die Bewilligung der Volksvertretung, ja gegen deren ausdrückliche Beschlüsse gewirthschaftet haben, nicht geeignet sind, einer Versöhnung nach Innen Wege zu bahnen und nach Außen hin die Fahne des Nationalitäts-Prinzips zu erheben. Nur im Dienste der Freiheit und des Rechts darf diese Fahne erhoben werden, in den Händen eines Napoleons stiftet sie Unheil, keinen Segen (Vereinzelter Beifall links, lebhafter Widerspruch rechts). — Es ist ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion eingelaufen, derselbe findet ausreichende Unterstützung und wird ohne jede Debatte angenommen. (Die Minister Graf Bismarck und zur Lippe sind in das Haus getreten.) Der Präsident ertheilt das Wort dem Abgeordneten Reichensperger zur Spezialdebatte. Derselbe motivirt in ausführlicher, auf der Tribüne nur schwer verständlicher Weise seinen ursprünglichen Antrag auf Erlaß einer Adresse, hebt namentlich seine Besorgnisse in Bezug auf die Haltung unserer westlichen Nachbarn hervor, deren Rheingelüste, wenn auch augenblicklich in den Hintergrund gedrängt, früher oder später sich geltend machen und große Gefahren für Deutschland und Preußen heraufbeschwören würden; er spricht sein Bedauern aus, daß die Neugestaltung Deutschlands eine so große Anzahl Deutscher von dem engeren Bundesverhältnisse trenne. Abgeordneter Graf Schwerin zur Geschäftsordnung: Er wolle konstatiren, daß er und seine Freunde auf die spezielle Motivirung seines Adreßentwurfes zu Gunsten des Stavenhagenschen und zwar deshalb verzichtet hätten, damit in einem großen Augenblicke das Abgeordnetenhaus eine möglichst einmüthige Kundgebung, ohne viele Worte zu machen, beschließen könne. Sowohl der Referent wie die beiden Vorredner hätten diesen von der Kommission in ihrer heutigen Morgensitzung zur Richtschnur angenommenen Grundsatz durch ihre längeren Ausführungen verletzt, er und seine Freunde würden sich indeß dadurch nicht provociren lassen, ein Gleiches zu thun. (Bravo.) Abgeordneter v. Blanckenburg: Er sei den Herren Reichensperger und Dr. Jacoby zum Dank verpflichtet für die Offenheit, mit welcher sie sich ausgesprochen. Die Antwort auf ihre Reden werde nicht ausbleiben, allein in diesem Augenblick solle von derselben Abstand genommen werden. — Der Referent Abgeordneter Virchow resumirt in Kürze die Gesichtspunkte, von welchen die Kommission ausgegangen. Gegen Jacoby hebt er hervor, daß nach seiner Ueberzeugung, wenngleich er prinzipiell nicht ein Anhänger der Kriege im Allgemeinen sei, der jüngst geführte Krieg einer der ruhmvollsten für das preußische Volk und einer der großartigsten sei, welche die Weltgeschichte kenne. Es wird nun zur Abstimmung über die einzelnen Sätze des Stavenhagen'schen Entwurfes geschritten. Dieselben werden ohne Debatte angenommen. Nur das Amendement der polnischen Fraktion giebt, nachdem es durch den Abgeordneten v. Lubienski befürwortet worden, dem Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck zu einer Gegenrede Veranlassung. Abgeordneter Lubienski weist nämlich darauf hin, daß die Regierung nicht blos selbst das Nationalitätsprinzip für Deutschland geltend gemacht und vertreten, sondern auch den Ungarn und Böhmen durch eine Proklamation die Aussicht auf nationale Selbstständigkeit eröffnet habe, womit die Bildung der ungarischen Legion im Einklange stehe. Er folgert hieraus, daß die preußische Regierung auch den Polen die Anerkennung der von ihnen beanspruchten nationalen Rechte nicht vorenthalten könne. Darauf entgegnet der Ministerpräsident Graf Bismarck: Es bedarf wohl nicht besonderer Darlegung, daß nicht jede Proklamation eines militärischen Befehlshabers, während des Krieges im feindlichen Lande erlassen, zur Unterlage staatsrechtlicher Erörterungen über die inneren Angelegenheiten unseres Staates gemacht werden kann. (Sehr richtig!) Um dieses zu bemerken, würde ich auch gar nicht das Wort ergriffen haben. Allein ich will den Herrn Abgeordneten darauf aufmerksam machen, daß er ohne alle Berechtigung sich hier als Vertreter des polnischen Volkes gerirt hat. Ein solches ist hier nicht vertreten und kann hier nicht vertreten werden. In diesem Hause sitzen nur Vertreter des preußischen Volkes, und andere läßt unsere Verfassung in dasselbe nicht zu. Die Gesinnung aber, welche der Herr Redner ausgedrückt hat und welche seinem Antrage zum Grunde liegt, wird von unseren polnisch redenden Landsleuten in keiner Weise getheilt. Die polnisch redenden Bewohner der betreffenden Landestheile haben so eben im siegreichen Feldzuge die glänzende Tapferkeit wieder bewährt, welche von je her die Polen ausgezeichnet hat; sie haben sie bewährt im Dienste ihres preußischen Vaterlandes, in der Hingebung an das preußische Königs-

haus. Meine Herren! Die polnisch redenden Preußen haben mit ihren deutsch redenden Brüdern gemeinsam auf den Schlachtfeldern ihr Blut vergossen, sie haben mit ihrem Blut es besiegelt, daß sie Preußen sein wollen und stolz darauf sind, Preußen zu sein. (Lebhafter Beifall.) Was das fünfte Armeekorps, das sich großentheils aus Gegenden recrutirt, in welchen die polnische Zunge überwiegt, geleistet hat, das ist uns allen bekannt und wird ewig unvergeßlich sein. Die künstliche Sonderung, welche einige Herren in diesem Hause zwischen Polen und Deutschen darzustellen bemüht sind, sie wohnt nicht in den Herzen der Kommittenten dieser Herren! (Allseitiger Beifall). Das Amendement der polnischen Fraktion wird darauf mit großer Majorität verworfen. Nachdem die einzelnen Sätze des Stavenhagen'schen Adreßentwurfs mit weit überwiegender Majorität angenommen sind, wird auch dieser Entwurf im Ganzen mit allen gegen etwa 25 Stimmen angenommen. Die Minorität bilden die Polen und ein Theil der Katholiken, unter ihnen der Abgeordnete Reichensperger. Der Abgeordnete Jacoby ist bei der Generalabstimmung nicht anwesend, er hat, so lange er im Hause war, gegen die einzelnen Sätze der Adresse gestimmt. — Der Präsident schlägt dem Hause darauf vor, eine Deputation von 30 Mitgliedern auszuloosen, welche die Adresse dem König zu übergeben habe. Der Vorschlag findet keinen Widerspruch und es wird sofort zur Ausloosung geschritten. Durch das Loos sind gewählt worden die Abgeordneten v. Röbel, Jüngken, Lucas, Dr. Löwe, Dr. John (Labiau), Korn, v. Lingenthal, Coupienne, Duncker, Graf v. Kleist, Baur, Lent, Meyer (Lübbecke), Chomse, Dr. Weber, Freiherr v. Richthofen (Jauer), v. Hippel, Dr. Becker, Dr. Krebs, Reinhardt, Krieger (Berlin), v. Wangenheim, v. Enckevort, Pieschel, Runge, Richter, Drabisch, v. Bismarck, v. Fock und Binder. Geführt wird die Deputation von den Präsidenten des Hauses. — Die Sitzung schloß bereits um 12¾ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Bankvorlage und die kleinen octroyirten Verordnungen.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Prüfung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. mit der preußischen Monarchie, hielt am Mittwoch Abend ihre erste Sitzung, über welche die „D. K.-C." uns Folgendes berichtet: Von Seiten des Staatsministeriums war der Ministerpräsident Graf Bismarck anwesend. Die Sitzung wurde bald nach 6 Uhr mit dem Berichte des Referenten Abg. v. Kirchmann eröffnet. Derselbe hielt es für geboten, daß, da bereits in der Ueberschrift des Gesetzes ausdrücklich die Vereinigung der betreffenden Länder mit der preußischen Monarchie ausgedrückt wäre, diese Vereinigung in das Gesetz selbst aufgenommen würde, und schlug deshalb das Amendement vor: An Stelle des §. 1 des Entwurfs zu setzen: Das Königreich Hannover, Kurfürstenthum Hessen, Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt werden mit dem preußischen Staate hierdurch vereinigt"; sodann den §. 1 des Gesetzentwurfs zu §, 2 zu machen und als §. 3 den §. 2 des Entwurfs, jedoch mit der Modifikation zu setzen, daß das dort vorgesehene Gesetz längstens binnen einem Jahre vorgelegt werden müsse. Nach dieser Erörterung richtete der Referent an den Ministerpräsidenten verschiedene Fragen, zunächst die, ob es die Ansicht der Königlichen Staats-Regierung wäre, daß die in den einzelnen in Frage kommenden Ländern bestehenden Verfassungen durch die Eroberung jener Länder als beseitigt zu betrachten wären. — Diese Frage bejahte der Ministerpräsident, indem er ausführte, daß mit dem Fall des Staatsoberhauptes seiner Ansicht nach selbstverständlich auch die mit demselben vereinbarte Staatsverfassung fiele. — Auf die weitere Frage des Referenten, ob und welche besonderen Einrichtungen der einzelnen Staaten erhalten bleiben sollten, bemerkte der Ministerpräsnent, daß sich dies noch nicht übersehen lasse; daß die Staatsregierung aber den Wunsch hege, den einzelnen Staaten so viel von ihren besonderen Einrichtungen zu lassen, als unsere eigenen staatlichen Einrichtungen es vertrügen. Auf die Frage, welche rechtliche Stellung auf dem zu erwartenden deutschen Parlamente die betreffenden Staaten einnehmen würden, erwiderte der Ministerpräsident, daß, wenn die Publikation der jetzigen Vorlage nicht früher erfolge, die Wahlen jedenfalls in den betreffenden Ländern ebenso angeordnet werden müßten, wie in den übrigen zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten, da die Einwohner der in Frage kommenden Staaten doch das Recht hätten, eine Vertretung beim deutschen Parlamente zu verlangen. Da aber auch in der General-Diskussion die völlige Einverleibung gefordert und namentlich auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, die später etwa das Herrenhaus der Real-Union entgegensetzen könnte, so erwiederte darauf der Ministerpräsident, daß es nur in dem Wunsche des Königs und der Regierung selbst liegen könne, so schnell wie möglich die Einverleibung der betreffenden Länder in den preußischen Staat nach Artikel 2 der Verfassungs-Urkunde herbeizuführen. Er selbst könne die beantragte Vorlage eines besonderen Gesetzes binnen längstens einem Jahre nur bestens acceptiren, glaube sogar, daß die Frist zu lang sei, da er hoffe, in bedeutend kürzerer Zeit die Einverleibung vollendet zu sehen. Es liege, das könne er versichern, nie und nimmermehr in der Absicht des Königs und der Staats-Regierung, für die betreffenden Länder eine eigentliche Personal-Union mit der Krone herzustellen. — Die von allen Seiten vorgeschlagene sofortige Einverleibung entspreche vollkommen den Wünschen der Staats-Regierung, nur hätte sie ein Uebergangsstadium suchen müssen, und ein solches in der vorläufigen Dictatur des Körigs finden zu können geglaubt. Er könne für seine Person allerdings eine positive Zusage der Annahme der sofortigen Incorporirung Namens des Staats-Ministeriums nicht abgeben, nehme den Vorschlag aber ad referendum an. Er glaube auch nicht, daß dies bei dem andern Hause, dem Herrenhause, besondere Schwierigkeiten finden würde; er ersuchte schließlich, die Verhandlungen zu vertagen, damit er hierüber mit dem Staats-Ministerium erst noch in Berathung treten könne. Darauf ging der Ministerpräsident über zur Darlegung der Verhandluugen mit Baden, Würtemberg, Baiern und Darmstadt. — Mit Baden und Würtemberg wäre der Friedensvertrag bereits ratificirt. Die allgemeinen Gesichtspunkte der Staats-Regierung bei dem Friedensschlusse und der Erwerbung von Hannover 2c. seien dahin gegangen, daß die Staats-Regierung einen Gebietserwerb für den preußischen Staat nur insoweit erstrebt habe und habe erstreben müssen, als es zur Arrondirung des preußischen Staates und zur Sicherung der preußischen Machtstellung durchaus nothwendig erschienen sei; man habe sich daher bei den Friedensverträgen mit Baiern nur auf eine kleine Grenzregulirung und bei Hessen-Darmstadt auf einen kleinen Theil von Oberhessen beschränkt. Die Staats-Regierung glaube dadurch zu gleicher Zeit den süddeutschen Brüdern zu zeigen, daß, ungeachtet der preußische Staat bei deu glücklichen kriegerischen Ereignissen die Macht in Händen gehabt hätte, es derselben doch vorzüglich daran gelegen sei, sie mit dem Gedanken einer näheren Vereinigung dieser Länder mit dem preußischen Staate zu versöhnen. — Bei Baden und Würtemberg sei deßhalb blos eine Kriegskosten-Entschädigung von 6, resp. 8 Millionen Gulden festgesetzt, bei Baiern eine Entschädigung von 30 Millionen Gulden in Aussicht genommen; in Bezug auf Sachsen schwebten die Verhandlungen noch. Nach diesen Eröffnungen wurde die Sitzung um 9 Uhr vertagt. Nächste Sitzung noch unbestimmt.

— Die „St. A. Corr." will wissen, der Prinz Nikolaus von Nassau, der Führer der Linken im nassauischen Herrenhause, sei zum Gouverneur von Nassau designirt.

Hirschberg, 21. August. Heute Morgen reist der Herr Handelsminister mit dem Personenzuge nach Berlin zurück. Se. k. Hoheit der Kronprinz weilt dagegen noch in Erdmannsdorf; gestern hat das kronprinzliche Paar die Schneekoppe bestiegen. Dem Vernehmen nach wird Se. k. Hoheit zwar auf einige Zeit nach Berlin reisen, aber wieder nach Erdmannsdorf zurückkehren, woselbst die Kronprinzessin längere Zeit weilen wird. Heut trafen hier mit der Eisenbahn der Erbgroßherzog Friedrich von Mecklenburg und der Herzog Paul v. Mecklenburg ein, um sich zur Beisetzung der Leiche des verstorbenen Prinzen Heinrich XII. von Reuß nach Stonsdorf zu begeben.

Aus **Greiz,** 19. August, wird dem Leipziger Tageblatt geschrieben: Gestern ist Fürst Heinrich XXII. von Lindau hier eingetroffen und hat heute, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, sich entschlossen, den Forderungen Preußens zu willfahren, resp. seine Hoheitsrechte an Preußen abzutreten. — Nächsten Dienstag wird ein preußischer Civilkommissar hier erwartet. Unser Militär befindet sich noch immer in Rastadt.

Wien, 21. August. Von der untern Donau sind interessante Meldungen eingegangen. Türr war, um ungarische Propaganda zu machen, in Bukarest und in Belgrad. In Bukarest hat er Fiasko gemacht, so daß er alsbald nach Belgrad übersiedelte. Dort gab sich der italienische Konsul Scovasso vergebens die erdenklichste Mühr, ihm eine Audienz beim Fürsten zu erwirken; nur der Minister Garaschnin empfing ihn, aber äußerst kühl. Um weitern Zudringlichkeiten auszuweichen, haben Fürst und Minister ein Bad aufgesucht. Seitdem ist auch Türr verschollen.

Wien, 22. August. Einem kroatischen Blatte zufolge wird General Benedek vor ein höchstes Kriegsgericht gestellt werden, das provisorisch in Agram niedergesetzt wird.

Ausland.

Madrid. Die amtliche „Madrider Zeitung" veröffentlicht eine Verfügung des Finanzministers, welche die Gouverneure der Provinzen anweist, den Verkauf der Nationalgüter zu beschleunigen.

Bukarest. Der Wiener „General-Korrespondenz" wird geschrieben, daß die Situation in den Donaufürstenthümern eine befriedigende geworden, namentlich seit Fürst Carl die beiden Minister, welche der revolutionären Partei angehörten, die Herren Rosetti und Bratiano, entlassen hat. Das Programm des neuen Ministeriums ist durchaus konservativ und zielt hauptsächlich darauf hin, in der Verwaltung Verbesserungen einzuführen.

Pommern.

Stettin, 24. August. Morgen treffen hier für das 2. Feld-Artillerie-Regiment 77 Remontepferde ein, welche am Montag den einzelnen Batterien dieses Regiments nachgeschickt werden sollen.

— Heute früh ist mit dem Abbruch der Umzäunung der Wasserkunst begonnen und wird dieselbe auf der jetzigen günstigeren Stelle eine große Zierde des Roßmarktes sein, namentlich wenn sie erst in Thätigkeit gesetzt sein wird.

— Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde in der Breitenstraße ein mit Klee gefütterter und darauf getränkter Ochse, welcher natürlich in Folge dieser Unvorsichtigkeit aufgebläht war, schleunigst geschlachtet, um nicht den natürlichen Tod desselben eintreten zu lassen.

— In der Oder bei Grabow ist gestern eine unbekannte männliche Leiche, nach der Kleidung dem Arbeiterstande angehörig, aufgefunden und zum dortigen Leichenhause gebracht.

— Der als Feldwebel zur Landwehr eingezogene hiesige Böttchermeister Pansin, welcher vor einigen Tagen auf Urlaub zu seiner Familie gekommen war, ist leider in der vergangenen Nacht plötzlich an der Cholera gestorben.

— Ein 10jähriger Knabe hat leichtsinniger Weise die silb. Cylinderuhr nebst Haarschnur seines zur Landwehr eingezogenen Vaters an einen andern Knaben weggegeben, der ihm dafür eine Violine versprochen hat. Die Eltern des letztern Knaben würden zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten gut thun, wenn sie die Uhr 2c. schleunigst im hiesigen 3. Polizei-Bureau abgeben.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil im 3. Polizei-Revier erkrankt 3, gestorben 1, im 5. Pol.-R. resp. 1 und 1; vom Hafenamt ist gemeldet 1 Erkrankung, 1 Todesfall; zusammen vom Civil erkrankt 5, gestorben 3; vom Militär keiner.

Aus dem Rügenwalder Amte, 21. August. Gestern feierten die Missionsfreunde der Umgegend das Missionsfest in Peest.

Neuwarp, 21. August. Vor einigen Tagen segelten sich im hiesigen See, bei einem schrecklichen Sturm, einige erfahrene Aalfischer um, wurden jedoch, wenn auch mit Lebensgefahr, von hinzueilenden Wassersleuten gerettet.

Stralsund. Das Pastorat zu Bublitz, Königl. Patronats, ist durch den Tod des Superintendenten, Pastors Koch, erledigt und zum 1. Oktober 1867 wieder zu besetzen. — Der Prediger Holtzheuer, bisher in Neustettin, ist zum Pastor in Ratzebuhr ernannt und in sein neues Amt eingeführt worden. — Der bisherige Konrektor, Predigtamts-Kandidat Richert ist zum Diakonus an der St. Marienkirche in Cöslin ernannt und in sein neues Amt eingeführt worden.

Cöslin. Bei dem Kirchenbau in Gr.-Küdde verunglückte am 15. d. Mts. der Arbeiter Raffin, indem er bei dem Zutragen von Kalk an dem Kirchthurme außerhalb der angebrachten Rüststangen ein Brett legte und dasselbe trotz der ihm zugerufenen Warnungen betrat. Das fatale Brett wippte mit dem Unglücklichen auf und Letzterer stürzte 84 Fuß hoch herunter, so daß er besinnungslos liegen blieb und nach kurzer Zeit den Geist aufgab.

— Am 24. d. Mts. wird der Superintendent Causse aus Sorenbohm in der St. Marienkirche in Cöslin durch den General-Superintendenten Dr. Jaspis aus Stettin als Superintendent der Cösliner Synode eingeführt werden.

Anclam, 23. August. In den letzten Tagen sind von Todesfällen an der Cholera nur vereinzelte Fälle vorgekommen. Seit gestern hat es den Anschein, als wenn die Krankheit wieder in der Zunahme begriffen ist; nach Ausspruch von Aerzten werden jetzt viele Kinder davon befallen. Unsere Polizeiverwaltung hat sich aus diesem Grund veranlaßt gefühlt, die Eltern zu ermahnen, ihre Kinder von dem Genusse der jetzt so frivol zu Markte gebrachten sogenannten Hundspflaumen abzuhalten.

Neueste Nachrichten.

Leipzig, 23. August, Abends. Der preußische Civilkommissar vom Wurmb hat den hiesigen Kreisdirektor von Burgsdorf von seinem Amte suspendirt.

Dresden, 23. August, Nachmittags. Wie das „Dresdner Journal" meldet, beschäftigt sich das Ministerium des Innern bereits mit den Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen.

Wien, 23. August, Vormittags. Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht das Schreiben des Freiherrn von Beust, in welchem derselbe seine Entlassung nachsucht, weil seine Person ein Hinderniß der Friedensverhandlungen sein könnte. Die Antwort des Königs von Sachsen lautet sehr schmeichelhaft für den Minister und versichert denselben einer steten Dankbarkeit.

Paris, 23. August, Nachmitt. Die Kaiserin von Mexiko ist heute Morgen abgereist.

Paris, 23. August, Nachmitt. Bankausweis. Vermehrt: Baarvorrath um 13⅓, Guthaben des Schatzes um 9½ Millionen Frcs. Vermindert: Portefeuille um 17½, Notenumlauf 3, laufende Rechnungen der Privaten um 15½ Millionen Frcs. Die Vorschüsse auf Werthpapiere sind unverändert geblieben.

London, 23. August, Mittags. Die Bank von England hat den Diskont von 8 auf 7 pCt. herabgesetzt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 23. August, Vormittags. Angekommene Schiffe: August, Wendt von Newyork. Hermann (SD), Klock von Riga. Stolp (SD), Ziemcke von Kopenhagen. United Service (SD), Bee von Hull. 1 Schiff in Sicht. Wind: NO. Strom eingehend. Revier 15 F.

— Nachmittags. Albert, Southerwood von Stornoway via Cronstadt. Ems (SD), Kelsey von Hull. Nordstern (SD), Braun von Elbing. Wind: NO. Strom eingehend. Revier 15 F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 24. August. Witterung: schön. Temperatur: + 17° R. Barometer: 28" 3'''. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen matter, loco pr. 85pfd. gelber neuer 66—68 Rt. bez., alter 66—70 Rt. bez., mit Auswuchs 54—64 Rt. bez., 83—85pfd. gelber August 69½ Rt. bez., September-Oktober 68 Rt. Br., Oktober-November 67 Rt. Br., Frühjahr 67 Rt. Br.

Roggen niedriger bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 43, 44 Rt. bez., August, August-September, September-Oktober und Oktober-November 43½, ¼ Rt. bez. u. Gd., 43⅜ Rt. Br., Frühj. 43½ Rt. bez., Br. u. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. neue schlesische 39—41½ Rt. bez.

Hafer und Erbsen ohne Handel.

Winterrübsen loco 74—80 Rt. bez., September-Oktober gestern noch 81¾ Rt. bez.

Rüböl behauptet, loco 12¼ Rt. Br., September-Oktober u. Oktober-November 12 Rt. Br., $11\frac{11}{12}$ Gd., November-Dezember 12 Rt. bez. u. Br.

Spiritus etwas matter, loco ohne Faß 14½ Rt. bez., August-September und September-Oktober 13⅔ Rt. bez., Frühjahr 14⅓ Rt. Br., 14¼ Rt. Gd.

Angemeldet: 50 Wspl. Weizen.

Berlin, 24. August, 1 Uhr 59 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 83½ bez. Staats-Anleihe 4½ % 98 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 128 bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 93 bez., Oesterreichische National-Anleihe 51⅜ bez. Pomm. Pfandbriefe 91¼ bez. Oberschles. Eisenbahn-Aktien 167½ Br. Amerikaner 6% 74⅝ bez.

Roggen August 46½ bez., 46 Br., August-September 46¼, 45⅝ bez., September-Oktober 45⅞, 45⅜ bez. Rüböl loco 12⅓ Br., August 12⅓, $\frac{5}{12}$ bez., September-Oktober $12\frac{1}{24}$, ⅛ bez., Oktober-November 12⅛ Gd. Spiritus loco 14⅝ bez., August-September 14¼, ⅙ bez., Sept.-Okt. 14⅛, ⅙ bez., Okt.-Nov. 14⅛, ⅙ bez.

Hamburg, 23. August. Getreidemarkt unverändert. Weizen loco billiger, per September-Oktober 5400 Pfd. netto 117 Bankothaler Br., 117 Gd, pr. Oktober-November 117 Br., 116 Gd. Roggen pr. August-September 5000 Pfd. Brutto 72½ Br., 72 Gd., pr. September-Oktober 73½ Br., 73 Gd. Oel pr. August 26, pr. Oktober 26¼. Kaffee verkauft 3500 Sack Santos. Zink 13 Mark 8 Sch. gefordert.

Amsterdam, 23. August. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen 2 Fl. niedriger, pr. Oktober 168, 167. Raps nominell, unverändert.

Stettin, den 24. August.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
„	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151⅞ bz	Used. - Wollin.		
„	2 Mt.	—	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143⅞ bz	St. Str.-V.-A.	4	—
„	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	116 B
London	10Tag.	6 25⅜ bz	Pr. See-Assec.-		
„	3 Mt.	6 22⅜ bz	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	81½ B	Pomerania	4	106 G
„	2 Mt.	—	Union	4	100¾ G
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
„	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
„	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
„	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	5	Lomb. 5½ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3½	—	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	3½	—	Stett. Dampf		
„ „	4	—	Schlepp-Ges.	5	300 B
„ Rentenb	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt.P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C	4	—
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	100½ B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	86 B
„ Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
„ „	4½	—	mühlen-Ges.	4	95 B
Starg.-P.E.A.	3½	—	Pommerensd.		
„ Prior.	4½	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—